

11-14923 der Beilage zu den Sitzungsprotokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 7111/J

1994-09-21

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Höchtl
und Kollegen
an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten
betreffend den Stand des Ratifikationsverfahrens des
EU-Beitrittsvertrages in den EU-Mitgliedstaaten

Mit großer Zielstrebigkeit und besonderem Einsatz ist es der österreichischen Verhandlungsdelegation unter der Führung von Außenminister Dr. Alois Mock gelungen, Anfang März dieses Jahres die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union erfolgreich abzuschließen.

Durch wiederholte Interventionen und ständiges Drängen in den EU-Mitgliedstaaten hat sich die Bundesregierung danach für eine Bereinigung der EU-internen Auseinandersetzung über die sogenannte Sperrminorität und sodann für ein rechtzeitiges Votum des Europäischen Parlaments über den Beitrittsvertrag noch vor Ende seiner Legislaturperiode eingesetzt. Über Drängen der ÖVP ist es schon am Tag der Wahlen für das neue Europäische Parlament und bereits vor der Unterzeichnung des Beitrittsvertrages zur Volksabstimmung über den österreichischen Beitritt zur EU gekommen. Grundlage dafür war insbesondere auch die zügige parlamentarische Behandlung des EU-Beitrittsgesetzes. Damit sind die Voraussetzungen gegeben, daß ein Beitritt Österreichs zur EU, nachdem er von der österreichischen Bevölkerung mit einer Mehrheit von über 66 % gutgeheißen wurde, mit 1. Jänner 1995 erfolgen könnte.

Mittlerweile liegt der Bundesregierung seit längerem das endgültige Ergebnis der Volksabstimmung vor, sodaß das Ratifikationsverfahren durch Einbringung des EU-Vertrages in den Ministerrat eingeleitet werden könnte. Dem Vernehmen nach sind die dafür notwendigen Vorarbeiten praktisch seit längerem

- 2 -

abgeschlossen und einige Regierungsmitglieder haben bereits öffentlich den Beschuß der Bundesregierung über die Weiterleitung des Beitrittsvertrages an den Nationalrat als Voraussetzung für die parlamentarische Behandlung urgert.

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten folgende

Anfrage:

- 1) Welche Bemühungen haben Sie unternommen, um einen raschen und rechtzeitigen Abschluß des parlamentarischen Genehmigungsverfahrens in den anderen EU-Mitgliedstaaten zwecks Gewährleistung eines österreichischen Beitritts zur EU mit Wirkung vom 1.1.1995 sicherzustellen?
- 2) Welche Reaktionen konnten Sie bei den Regierungen oder Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten angesichts der Tatsache feststellen, daß in Österreich selbst der Ratifikationsprozeß noch gar nicht eingeleitet worden ist?
- 3) Erachten Sie eine möglichst rasche innerstaatliche Ratifizierung des EU-Vertrages durch Österreich als vorteilhaft im Hinblick auf eine zeitgerechte Ratifizierung in den EU-Staaten?
- 4) Wann gedenkt die österreichische Bundesregierung, angesichts des bei der Volksabstimmung über den EU-Beitritt bekundeten deutlichen Volkswillens, den EU-Beitrittsvertrag im Ministerrat zu verabschieden? Welche technischen Gründe sind für die Säumigkeit der österreichischen Bundesregierung bei der Vorlage des Vertrages zur parlamentarischen Genehmigung maßgeblich?
- 5) Sehen Sie in dieser Hinauszögerung des parlamentarischen Genehmigungsverfahrens eine Schwächung des österreichischen Eintretens für eine rasche Ratifikation in den EU-Mitgliedstaaten und damit eine konkrete Gefahr für das termingerechte Inkrafttreten des Beitrittsvertrages mit 1.1.1995 sowie einen Schaden für die österreichische Volkswirtschaft?